

Staatsstreich in Zeitlupe Österreichs Entführung nach "Europa"

Andreas van de Kamp

Wien, 2014

KAPITEL 10: AUFBRUCH IN DIE UNFREIHEIT

„So this is how liberty dies - to thunderous applause.“ Princess Padme, Star Wars, Revenge of the Sith

Im Juli 1989 übergibt die in Wien regierende Koalition hochhoffiziell das Beitrittsansuchen an die EWG, wie diese Zone damals noch hieß. Im historischen zweiten Halbjahr 1989 begannen vor aller Augen die Ränder des Sowjetimperiums zu zerbröckeln, das der amerikanische Präsident Ronald Reagan einst das „Reich des Bösen“ genannt hatte. Was hätte es für einen Kleinstaat an der Nahtstelle der Machtblöcke damals Näherliegendes geben können, als sich auf die ihm besser erscheinende Seite, jene des „Westens“, zu schlagen?

Das Zugehörigkeitsgefühl der Gründer des zweiten Kleinösterreich hatte sich zwar immer auf den Westen gerichtet. Aber die Wirtschaftsgemeinschaft war hauptsächlich aus "egoistischen" Gründen das Objekt des Verlangens gewesen, eines Begehrens, das lange seine Erfüllung nicht finden konnte.

Diese Europa-Liebe war aber immer eine praktische gewesen. Stets war klar gewesen, dass es nur um eine möglichst enge Hausgemeinschaft zu beiderseitigem wirtschaftlichem Nutzen gehen würde und nicht um eine romantische Hochzeit oder gar eine Ehe bis in den Tod.

Der Gedanke an einen ungehinderten Zugang zum europäischen Markt war aber so attraktiv, dass Wien, vor die Wahl gestellt, auch die Mitgliedschaft in der kleinen Freihandelszone EFTA geopfert hätte - und das wäre nicht (nur) illoyal, sondern vernünftig gewesen.

Aber Österreichs Rolle als Neutraler zog eine Linie in den Sand, über die man sich nicht so leicht hinwegschwindeln konnte. Es stand beispielsweise außer Streit, dass sich ein neutraler Staat nicht supranationalen Behörden unterwerfen durfte.¹

Bei den - ausschließlich von Wien ausgehenden - Annäherungsversuchen an die EWG musste Österreich ferner auf ein Kündigungsrecht für einen Vertrag mit der EWG bestehen und sich z.B. auch das Recht zum Abschluss von Handelsverträgen mit Dritten vorbehalten.² Der große Schritt, der alles änderte, gelang 1973 mit dem Assoziierungsabkommen.

Österreich wurde Teil der größeren europäischen Freihandelszone. Bruno Kreisky, der Kanzler der neuen sozialistischen Alleinregierung, durfte diesen Triumph, an dem er wenigstens bis 1966 mitgearbeitet hatte, an seine Fahnen heften. Aber es war primär gar nicht sein Verdienst, sondern das einer halben Generation von ÖVP-Wirtschaftspolitikern, denen die

¹ Vgl. Z.B. Fritz Bock, Der Anschluss an Europa, St. Pölten 1978, S. 64

² Ebd., S. 34

EWG schon immer ein größeres Anliegen gewesen war als die EFTA, die Liebling der Sozialisten gewesen war.

Der Zutritt zu einem prosperierenden, großen europäischen Markt von 350 Millionen Menschen war die Krönung eines 15 Jahre dauernden, mit mehreren Rückschlägen versehenen diplomatischen Wegs. Die Öffnung war nicht vollständig, aber es war viel mehr als man zu Beginn des Wegs erhoffen hatte können.

Trotzdem war es nicht so, dass die Alpenrepublik den Wohlstand und das Wachstum der Nachkriegszeit allein der EWG zu verdanken hätte. Wie Deutschland auch, legte auch das österreichische BIP in den 1950ern um 7 bis 8 Prozent jährlich zu. In den 1960-Jahren schlitterte Österreich - wie die anderen auch - in eine (nach heutigen Maßstäben: kleinere) Krise. Erst 1968 "setzte ein neuer Konjunkturaufschwung ein, der Österreich die längste Hochkonjunktur seit Bestehen der Republik bescherte (1968 bis 1973)". Ein wesentlicher Grund dafür war, dass der Schilling 1969 "bei der 9,3-prozentigen Aufwertung der DM nicht mitzog"³ - also de facto abwertete.

Das hatte aber weder eine wesentlich höhere Binneninflation noch eine verminderte Konkurrenzfähigkeit Österreichs zur Folge. "Man konnte von einer europäischen Ebenbürtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Produktionsstruktur ausgehen."⁴

Der handelspolitische Anschluss an Westeuropa bei fortbestehender politischer Selbstständigkeit⁵ war über die nächsten 15 Jahre jedenfalls der in den beiden Staatsparteien unumstrittene "Status quo". Währungspolitisch war die Souveränität durch die bald danach einsetzende DM-Bindung des Schilling deutlich eingeschränkt - was man damals etwas beschönigend den "autonomen Nachvollzug" der Zinspolitik der Buba nannte. Dennoch war diese Bindung letzten Endes eine in Wien getroffene eigenständige wirtschafts- bzw. geldpolitische Entscheidung.

Erst in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre änderte sich die geopolitische und wirtschaftspolitische Ausgangslage grundlegend. Michail Gorbatschow begann mit einer „Glasnost & Perestroika“-Politik und die EG mit ihrem Binnenmarktprogramm. Die Wiener Regierung setzte eine Arbeitsgruppe "mit den üblichen Verdächtigen"⁶ ein, die 1988 wunschgemäß herausfand, dass „die volle Teilnahme Österreichs an der Substanz des Binnenmarkts keine unüberwindlichen Probleme aufwerfen würde“.

Das war rückblickend gesehen freilich nur die halbe Miete, denn das Gutachten bedeutete nicht, dass ein Vollbeitritt rechtlich unbedenklich war und es bot auch keinerlei Rechtfertigung für die Politik der Integration um jeden Preis, die in den Jahren danach verfolgt wurde. Die Expertise bezog sich auch nicht auf das Europa des Maastricht-Vertrags, das es ja noch gar nicht gab und das damals auch noch nicht wirklich absehbar war. Die Experten erklärten eigentlich nur, dass die österreichische Neutralität unter Umständen mit dem sich gerade entwickelnden Europa der Einheitlichen Europäischen Akte vereinbar sein könnte.

Doch selbst diese vorsichtige Haltung war schon ein Tabubruch, weil es sie im Gegensatz zur offiziellen Neutralitäts-Doktrin der Sowjetunion stand, die ja nach wie vor eine Garantiemacht

³ Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik, 1995, S. 487

⁴ Ebd.

⁵ Die österreichische Souveränität war auch damals natürlich nur relativ

⁶ Ministerien, Nationalbank, Sozialpartner

des österreichischen Staatsvertrags war und die niemand vor den Kopf stoßen wollte.

Wahrscheinlich wurden die offiziellen Fachleute damals nur vorgeschickt, um einen Testballon abzusetzen. Und dieser gewann immer mehr an Höhe, ohne dass sich der russische Bär geräuspert hätte (wenigstens ohne dass das für die Öffentlichkeit zu vernehmen war). Die Politik der Sowjetunion wandelte sich damals rasant und die Meinung des Außenministeriums war nicht zwingend jene des neuen Generalsekretärs.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass sich Wien bei der Entscheidung, Kurs auf einen Vollbeitritt zu nehmen, zumindest das augenzwinkernde Einverständnis des Reform-Machthabers im Kreml eingeholt hat. Was damals wirklich vor sich ging, wird man erst nach der Öffnung der Archive wissen.

Dass die Laissez faire-Haltung der Gorbatschow-Fraktion von Teilen des Machtapparats nicht geteilt wurde, zeigt sich unter anderem darin, dass die Sowjetunion 1989 gegen das an die EG gerichtete Beitrittsansuchen protestierte. Moskau erklärte in einer diplomatischen Note „daß die Mitgliedschaft eines immerwährend neutralen Staates zum Verlieren der realen Möglichkeiten zur Verwirklichung seiner neutralen Politik führen würde.“⁷

Wien ließ sich davon aber nicht beirren. Es legte in den folgenden Jahren einen bis dahin ungekannten außenpolitischen Mut an den Tag, dessen Quelle bis heute nicht identifizierbar ist. Dieser zeigte sich z.B. darin, dass man jetzt unumwunden erklärte, Wien bestimme selbst, was mit der österreichischen Neutralität vereinbar sei und was nicht. Nicht-diplomatisch und auf Wienerisch ausgedrückt sagte der österreichische Außenminister zu seinem sowjetischen: "Hupf in Gatsch!"⁸ Eine solche offene Erklärung wäre zehn Jahre vorher als Provokation betrachtet worden, die man besser unterließ.

Die erste Lobby-Gruppe, die in Österreich für den EWG-Beitritt zu trommeln begann, war die Industriellenvereinigung (IV) unter ihrem seit 1980 amtierenden Generalsekretär Herbert Krejci. Die IV, die in der Beitrittsfrage alles auf eine Karte setzte, war zwar offiziell zwar keine Teilorganisation der ÖVP, sie fungierte in ihr aber als europapolitischer Eisbrecher. Sie bemühte sich nach allen Regeln der Kunst, politische Bedenken gegen eine EG-Integration auszuräumen.

Weniger vornehm ausgedrückt: Die Industriellen gaben Außenminister Alois Mock, der ihnen (anfangs) zu zögerlich agierte, „ordentlich Gas“. Das passierte auch und vor allem mit innerparteilichem Druck (Mock war damals ÖVP-Obmann). In diese Phase fiel der berühmte Sager Krejcis, dass die ÖVP notfalls „einen Stauffenberg“ brauche, um Mock zu beseitigen. Krejci musste danach erklären, dass er Mock nicht für Hitler halte und er auch kein Bombenattentat habe anregen wollen.

Der Mann hatte einen hellwachen Intellekt und er wusste ohne jeden Zweifel, was er da von sich gab - aber Krejci war ein Mensch, den es nur wenig scherte, ob an seinen Worten Anstoß genommen wurde. Er war formal zwar nur ein Angestellter, aber ein so dominanter Kopf, dass Witze über die wahren Machtverhältnisse bei den Industriellen und über die Präsidenten, die "unter Krejci dienen", im Umlauf waren.

Mitte der 1980er konnte man die Vereinigung nicht als besonders erfolgsverwöhnt bezeichnen: Eineinhalb Jahrzehnte sozialdemokratischer Hegemonie waren gerade erst zu Ende

⁷ OTS073, 10. 8.1989

⁸ <http://www.oesterreichisch.net/oesterreich-3171-hupf+in+Gatsch.html>

gegangen und bei zwei großen Energieprojekten, in denen man den Schulterschluss mit den Sozialisten gesucht hatte, hatte man sich eine blutige Nase geholt.⁹

Am stärksten schmerzte das Nein zum fertig gebauten Atomkraftwerk in Zwentendorf, das 1978 in der ersten bundesweiten Volksabstimmung abgelehnt worden war. Damals und später beim geplanten Staukraftwerk in Hainburg war eine unbesiegbare scheinende Phalanx aus politischem Establishment und Sozialpartnern von einer seltsamen Koalition aus Kronen Zeitung und Öko-Aktivisten aufgerieben worden. Es war wohl diese Erfahrung, die die politische Klasse zum Schluss kommen ließ, dass ohne Kronen Zeitung "nichts geht" und dass man bei einer künftigen EG-Abstimmung die (relativ) größte Zeitung der Welt irgendwie für sich gewinnen müsse.

Als sei ein neues astrologisches Zeitalter angebrochen, änderte sich ab 1985/86 vieles, was bisher gegolten hatte - auch innenpolitisch. Die kleine Koalition zwischen den Sozialdemokraten und der FPÖ zerbrach am Aufstieg des damaligen Deutschnationalen Jörg Haider, der in der FPÖ den Liberalen Norbert Steger stürzte. Die Wahlen 1986 führten schließlich zu einer politischen Konstellation zurück, die seit Beginn der Zweiten Republik als das Normale gegolten hatte: die große Koalition.

Die neue Regierung führte Franz Vranitzky, in seinen Jugendjahren Berater von Finanzminister Hannes Androsch. Danach machte Vranitzky in zwei Banken Karriere, natürlich auf einem sozialdemokratischen "Ticket". Eine dieser Banken galt zwar als "bürgerliche Bank", aber sie wurde vom Finanzministerium kontrolliert und hatte - wie der Zufall so spielt - zur richtigen Zeit einen freien Posten als stellvertretender Generaldirektor.

Altkanzler Kreisky war ganz und gar nicht damit einverstanden, Vranitzky zu holen und die Traditionalisten in der SPÖ interpretierten das als prinzipiellen Widerstand, einen "Banker" an die Spitze von Regierung und SPÖ zu setzen. Aber Kreiskys Haltung wurzelte wohl eher im Umstand, dass Vranitzky der "Partie" um Androschs zuzuordnen war, einer ehemaligen Nachwuchshoffnung, die er, Kreisky, selbst einmal als Nachfolger auserkoren hatte, mit der er sich inzwischen aber zerstritten hatte.

Der "Stallgeruch" des neuen Bundeskanzlers war trotz alledem kein bürgerlicher. Der Mann war in der Sozialistischen Partei und den von ihr kontrollierten Teilen des Apparats großgeworden und er hatte nie Zweifel an seinen Loyalitäten aufkommen lassen. Vranitzkys Karriere war von Anfang an das Erzeugnis der SPÖ, ohne die -wie ein anderer Politiker dieser Partei einmal bemerkte, "ich nichts bin".¹⁰

Nach der Wiederverheiratung mit der ÖVP spielte der aus der Arbeitnehmerorganisation der Volkspartei stammende Alois Mock die undankbare Rolle des kleinen Koalitionspartners. Mock war von Anfang an massiven innerparteilichen Intrigen ausgesetzt, aber die Rolle, die er als Außenminister spielen durfte, entschädigte ihn für so manche Schmach, die er als Parteiobmann aushalten musste.

⁹ AKW Zwentendorf und Kraftwerk Hainburg

¹⁰ Ein grelles Schlaglicht auf die Karrieren dieser Sekretäre, die zu Herren gemacht werden und dabei doch Knechte ihrer Partei bleiben, hat im April 1997 der Selbstmord eines sozialdemokratischen Bankers geworfen. Gerhard Praschak hinterließ 120 Seiten mit Gedächtnisnotizen und internen Dokumenten. Er hätte seinen geliebten Posten einem ehemaligen Minister überlassen und in eine andere Bank wechseln sollen, aber er wollte nicht. Zum "Sicherheitsrisiko" geworden, brachte er sich um.

Krejcis Stauffenberg-Sager war nur eine dieser Verunglimpfungen - und gar nicht einmal die schlimmste. Trotz seines anfänglichen Zauderns musste sich Mock von den Industriellen eigentlich gar nicht bitten lassen, in Sachen EG "konstruktiver zu sein" - denn Mock war und ist bis heute ein in der Wolle gefärbter "Glühender Europäer". Er ist nicht umsonst bis heute Präsident der Coudenhove-Kalergi-Gesellschaft.¹¹ Als Außenminister musste er am Beginn der Reise vorsichtiger agieren als das der Industrielobby lieb war. Doch sobald absehbar war, dass aus Moskau kein ernsthafter Widerstand zu erwarten war, wurde er mutiger.

Die erste echte Teilorganisation, die auf den EG-Zug aufsprang, war der Wirtschaftsbund, bei dem Rudolf Sallinger immer noch die Fäden zog. Der „Kugelblitz“, wie sein Spitzname lautete, war eine Sozialpartner-Legende, die bis 1991 Präsident der Wirtschaftskammer war. Sein politisches Gewicht war entscheidend, das Fußvolk der kleinen Gewerbetreibenden auf Kurs zu bringen. Das war gar nicht so einfach, denn - im Gegensatz zu vielen Industriebetrieben - hatten Hunderttausende Friseure, Trafikanten und kleine Güterproduzenten von der EWG keine besonderen Vorteile zu erwarten, eher im Gegenteil.

Erst ganz zuletzt holte die konservative Regierungspartei "ihre Bauern" ins Boot. Sie tat das mit dem Versprechen, sie mit mehr Förderungen für die die niedrigeren Agrarpreise in der EWG zu entschädigen.

Schon Jahre bevor die ersten offiziellen Verhandlungen begannen, feilschte der neue Landwirtschaftsminister und spätere Agrarkommissar Franz Fischler mit der Kommission um die künftigen Direktzahlungen.¹² Die Agrarier waren - gemessen an ihrer Produktion - zwar keine relevante Kraft mehr, innerhalb der ÖVP aber noch immer von entscheidender Bedeutung. Hätte sich der Bauernbund mit den linken EG-Skeptikern in der SPÖ verbündet, wäre der Beitrittszug womöglich entgleist.

Bei den Arbeitnehmern stellte sich das Problem ein bisschen anders dar, weil der "Preis ihres Hauptprodukts", der Arbeitskraft, mit dem künftigen EG-Beitritt nicht direkt zusammenzuhängen schien. Soziales und Arbeitsrecht waren national geregelt und dies würde auch in der EG so bleiben. Die Gewerkschaft erwartete zwar mehr wirtschaftlichen Wettbewerb und dadurch auch mehr Druck auf die Arbeitnehmer und die sozialen Sicherungssysteme - aber auch sie hatte Angst, bei der europäischen Integration könnte Österreich der Letzte zu sein, den die Hunde beißen. Der ÖGB hatte Angst um die Industriearbeitsplätze und dachte nicht im Traum daran, in der Beitrittsfrage auf Konfrontationskurs zu den entschieden agierenden Arbeitgebern zu gehen.

Arbeiterkammer und Gewerkschaften wollten lediglich glaubwürdige Zusagen, dass das, was sie "soziale Errungenschaften" nannten, unangetastet blieb und dass die von einem Beitritt negativ betroffenen Branchen und Regionen staatliche Hilfe bekommen würden. Sollte ein rauerer Wettbewerbswind zu Jobverlusten führen, musste es "arbeitsmarktpolitische Interventionen" geben.¹³

All das konnte die Regierung - offenbar auch für ihre Nachfolger in der dritten Generation - zusagen und dieses Versprechen wurde letztlich auch eingehalten. Ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm wurde nach 1995 ohnedies nicht notwendig, aber „Sektorpläne“,

¹¹ http://www.european-society-coudenhove-kalergi.org/gesellschaft_gesellschaftsmitglieder1.asp

¹² APA 193, 10. Mai 1989

¹³ Siehe APA 211, 31.1. 1989

Arbeitsstiftungen und Umschulungen gab es im Dutzend. Mit ihrer Forderung nach einer generellen Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden biss die Gewerkschaft aber auf Granit und verzichtete darauf, das zur Bedingung für ihre Zustimmung zu machen.¹⁴

In der SPÖ selbst spielte Vranitzky die Rolle des „Europäers der ersten Stunde“. Er schwor Schritt für Schritt alle EG-skeptischen Genossen - die "traditionalistischen" und "linken" Teile der Partei - auf den Beitritt ein. Der Knackpunkt war dabei die Neutralität, die Vranitzky im Innersten egal gewesen sein mochte, die für große Teile der Bewegung und einzelne Parteigrößen wie Heinz Fischer aber entscheidend war.

Die letzte Bastion der Skeptiker¹⁵ war die Wiener SPÖ, die erst im März/April 1989 wirklich umschwenkte. Auf der Linken war über die ganzen Jahre der Vorbereitung immer wieder die unterschwellige Irritation darüber spürbar gewesen, wie um alles in der Welt es möglich sein konnte, dass die Neutralität, die so lange einer EWG-Mitgliedschaft im Weg gestanden war, nun plötzlich kein Problem mehr darstellen sollte.

1989 ff

Ende Juni 1989 legten SPÖ und ÖVP letzte Hand an ihren Mitgliedsantrag. Sie schlossen eine „Parteienvereinbarung“ ab, in der sie ihre machtpolitischen Claims absteckten: Vranitzky sollte die innerösterreichische Koordination übernehmen, Mock die Verhandlungen mit Brüssel leiten. Die Sozialpartner zogen in einen neu geschaffenen „Rat für Integrationsfragen“ ein.¹⁶

Im Juli 1989 schickten Vranitzky und sein Vize Josef Riegler das Beitrittsgesuch ab, im Wissen, dass die EWG gerade Aufnahmesperre hatte und dass sich zwei Jahre lang ohnedies nichts tun werde. Die Regierung wollte bei erster Gelegenheit festhalten, dass man sich mit keinem wie immer gearteten „Warteraum“ zufrieden geben und Vollmitglied werden wolle.

Die Achillesferse des ganzen Vorhabens war eben die Neutralität. Diese stellte ein wirkliches Problem dar, das Vranitzky und Mock weder ignorieren noch rasch lösen konnten. Deshalb beschränkte sich das Beitrittsgesuch auf die „knapp formulierte“ Erklärung, dass die Republik nur unter Wahrung ihres völkerrechtlichen Status beitreten könne.

Das klang wenig spektakulär und wirkte ein bisschen, als wäre man gezwungen, einer formellen Situation etwas zu sagen, die man eigentlich lieber verschweigen würde. Die Art, in der man das Thema in dem Brief vorkommen ließ, war freilich alles andere als zufällig - sie war höchst kalkuliert. Es war eine wesentliche Weichenstellung, weil Teile des bürgerlichen Lagers bereit waren, den Neutralitätstatus notfalls auch gegen die damals noch bestehende Sowjetunion über Bord zu werfen. Das wollten SPÖ und das restliche bürgerliche Lager nicht. "Knappe Formulierung" bedeutete im Klartext: "Wir müssen leider Gottes darauf bestehen, aber wir hängen es nicht an die große Glocke."

Schon 1990 erklärte Wien einige weniger wichtige Bestandteile des Staatsvertrags für "obsolet", ein weiterer Ballon, mit dem man die Toleranzschwelle der Russen austestete. Diese Obsoleterklärung war nach Meinung etlicher Juristen unwirksam, weil es eine einseitige Aufhebung eines völkerrechtlichen Vertrags darstellte. Doch weder die sowjetische noch die

¹⁴ Ebd.

¹⁵ mit Ausnahme der Sozialistischen Jugend

¹⁶ APA 159, 26.6.1989

folgende russische Regierung widersprachen und nahmen die Änderungen stillschweigend hin, wodurch sie so etwas wie Rechtskraft erlangte. Später wurde auch eine solche Erklärung zu Neutralität diskutiert - die aber nie abgegeben wurde.¹⁷

Formalrechtlich wäre deren Abschaffung auch kein größeres Problem gewesen. Es hätten nur alle Koalitionspolitiker mittun müssen und man hätte genügend Verfassungsjuristen finden müssen, die bestätigten, dass man für eine solche Änderung kein Referendum benötigt würde. Die Neutralität war ja nicht Bestandteil des Staatsvertrags, sondern nur ein „normales Verfassungsgesetz“, das SPÖ und ÖVP mit Zweidrittelmehrheit abschaffen konnten. Die beiden Großparteien hätten dafür zum damaligen Zeitpunkt noch ausreichend Abgeordnete gehabt - und wenn man bereit gewesen wäre einen politischen Preis zu zahlen, hätte man sicherlich auch Haider an Bord holen können.

Die Hürden für ein solches Vorgehen waren aber zu hoch. So sehr es sich die Industriellenvereinigung auch wünschen mochte - „realpolitisch“ war es nicht möglich - und so musste Wien der Kommission „signalisieren“, dass es auf seine Neutralität bestehen werde.

Man darf getrost spekulieren, dass in Brüssel in diskreter Form deponiert wurde, dass man sich in der neuen GASP nicht als Quertreiber zu betätigen gedenke. Wie den Sowjets wird Wien damals auch der Kommission gesagt haben, dass es die österreichische Regierung und das von ihr geführte Parlament seien, die das Auslegungsrecht hätten - diesmal aber nicht im Tonfall trotziger Selbstbehauptung, sondern in jenem einer Versprechung. Um ein geflügeltes Wort eines Wiener Bürgermeisters des 19. Jahrhunderts abzuwandeln: „Was Neutralität ist, bestimmen immer noch wir selbst.“¹⁸

Zwei Jahre später, mit dem sogenannten Avis, akzeptierte die Kommission diese Position und legte damit den Grundstein für den Erfolg bei der österreichischen Volksabstimmung.

Im Frühjahr 1989 war jedenfalls noch lange nichts zu entscheiden und die Regierung zeigte schon deswegen wenig Lust, über irgendwelche Details wie Umweltnormen oder Transitvertrag zu diskutieren. Das störte aber nicht, weil sich fast alle einig waren, dass das Land in die EG müsse.

Die Blauen nörgelten zwar immer wieder herum, weil man sie schon wieder „nicht eingebunden“ hatte, aber schließlich waren sie es gewesen, die SPÖ und ÖVP drei Jahrzehnte lang an - wie man heute sagen würde - Europäertum übertroffen hatten. Sie durften auf diese Vorreiterrolle jetzt mächtig stolz sein.

Nur die Grünen verdarben die Party und schienen eine ohnedies absehbar langwierige Sache weiter in die Länge ziehen zu wollen. Als einzige waren sie dagegen, die Regierung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu ermächtigen. Der damalige grüne Klubobmann ärgerte sich über die an sich altbekannte Art, über wunde Punkte eines Vorhabens gar nicht erst zu diskutieren. „Zuerst festzuhalten: Wir wollen in die EG und dann Beamte, Experten beauftragen, zu prüfen, ob das gut ist, halte ich für den verkehrten Weg.“

Die Regierung erkläre, dass in den Verhandlungen alles offen sei und drücke sich damit aber um die Beantwortung der Gretchenfragen herum. „Sie werden diese Diskussion nicht verhindern können, eine Diskussion, die dahin geht, dass wir die Probleme nur gemeinsam lösen können

¹⁷ http://www.univie.ac.at/wrg/files/TB_Neutralitaet.pdf, S. 14

¹⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Lueger

und nicht hingewandt zu irgendwelchen zentralstaatlichen Organisationen."¹⁹

Aber Wabl kämpfte auf verlorenem Posten, denn unter den Parlamentariern hatte sich - nicht nur aus Parteidisziplin - die Ansicht verbreitet, dass sich mit dem Schwächefall der Sowjetunion ein „window of opportunity“ geöffnet habe. Ein Gelegenheitsfenster, das nicht lange offen stehen würde und das man gerade als kleiner Staat schleunigst nutzen müsse.

Die graue Theorie hinter dieser Sicht der Dinge war: "Durch die Mitgliedschaft in der EG gewinnen wir die volle staatliche Souveränität zurück, die von der Schiedsrichterrolle der Alliierten noch immer beschränkt ist."²⁰ Die tragische Ironie war dabei nur, dass das Gegenteil tatsächlich eintrat: Man tauschte die Rolle des Gleichgewichtskünstlers zwischen den Blöcken mit dem TINA-Prinzip²¹ der EU ein. Nach und nach verlor die Alpenrepublik ihre ohnedies stark eingeschränkte Souveränität vollends - gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung und eines anfänglich beträchtlichen Teils der politischen Klasse.

Die Verwandlung

Außenpolitisch war die Lage so sehr im Fluss wie schon seit Generationen nicht mehr. Eine jahrzehntelang festgefrorene internationale Situation hatte sich binnen weniger Monate verflüssigt und dies rief nicht nur Staunen und Freude, sondern auch Ängste hervor.

Nur hundert Kilometer östlich von Wien durchzwickten die Außenminister von Österreich und Ungarn symbolträchtig den Stacheldraht an der Grenze, was dazu führte, dass sich Massen von Ostdeutschen nach Ungarn in Bewegung setzten. Zuerst kamen sie zu Hunderten und als sie sahen, dass die ungarischen Polizisten nicht einschränkten, machten Tausende in den Westen. Ihre Sperrholz-Trabis, auf die sie Jahre gespart hatten, ließen sie quasi aus Dankbarkeit den Ungarn zurück.

Das hinderte ihren Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker nicht daran, noch im August 1989 mit trotziger Greisenstimme seinen Wahlspruch in die Aktuelle Kamera zu sprechen. Das ist noch heute auf Youtube zu sehen: „Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs' noch Esel auf.“²² Drei Monate danach war die Berliner Mauer Geschichte.

Nur ein paar Monate später begann sich die Bundesrepublik Jugoslawien unter noch dramatischeren Begleitumständen aufzulösen und je länger der Bürgerkrieg andauerte, desto klarer war erkennbar, dass dieser eine Gemeinschaftsproduktion dreier Kräfte war: eines politischen Zentrums in Serbien, das so viel Macht behalten wollte wie möglich, südslawischer "nationaler" Eliten, die los von Belgrad wollten und von Kräften in den USA und auch der EU, die an der Zerschlagung Tito-Jugoslawiens bzw. an der Eindämmung von dessen serbischem Nachfolgestaat interessiert waren. Manche der europäischen Strategen in diesem Krieg waren noch nicht einmal richtig in der EU angekommen.

Die Vorgänge in Jugoslawien bestärkten unter den österreichischen Politikern - und auch in der Bevölkerung - den Wunsch, mehr Sicherheit in einem Anschluss an die Europäische Gemeinschaft zu finden.

¹⁹ Andreas Wabl im NR, 29.6.1989

²⁰ Artikel 35 des österreichischen Staatsvertrags

²¹ "There is no Alternative"

²² <http://www.youtube.com/watch?v=B7reIMSpBNA>

Jeder wache Geist konnte die Geschichte mit Händen greifen. Er konnte sehen, dass im Osten und Süden kommunistische Systeme vor die Hunde gingen, aber niemand wollte erkennen, dass es auch übernationale Gebilde waren, die da zerbrachen - multiethnische und -sprachliche Konglomerate wie jene Union, zu der sich die Europäische Gemeinschaft im Jahr 1992 erklärte.

Eigentlich ging die Lektion aus dem Ende Jugoslawiens weit über eine solche eher allgemeine Feststellung hinaus. Denn mit Jugoslawien zerbrach ein historisches Sinnbild.

Jugoslawien war ein Staat, von dem seine Gründer 1918 geglaubt hatten, dass er die serbische, kroatische, und slowenische Nationalfrage auf immer lösen würde; ein Staat, dessen Bewohner (größtenteils) eine gemeinsame Sprache sprachen und dessen Völker sich historisch, mentalitätsmäßig und kulturell sehr nahe waren. Noch heute stehen sich um vieles näher als das bei den Bestandteilen des kommenden europäischen Staats je der Fall sein wird.

Just in jenem historischen Augenblick, in dem Österreich um Aufnahme in die EG ansuchte, beschloss diese, sich zu häuten. Sie wollte nicht nur ein Binnenmarkt sein, sondern ein souveränes Staatsgebilde mit eigener Währung und zu guter Letzt Föderation wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Von Anfang an hatte man sich zum Ziel genommen, eine „ever closer union“, eine immer engere Union zu bilden, aber bis zu diesem Zeitpunkt hatte niemand diese Losung besonders ernst genommen. Die Kommission Delors, Kohl und Mitterrand nahmen sie ernst.

Am 9. November 1989 fiel in Berlin die Mauer zwischen Ost und West. Die Dynamik, die aus den Europäischen Gemeinschaften die EU machte, setzte im Winter 1989/90 ein. Im April 1990 erklärten Helmut Kohl und Francois Mitterrand, sie wollten binnen kürzester Zeit eine wirtschaftliche, monetäre und politische Union schaffen und diese mit 1. Jänner 1993 in Kraft treten lassen.²³

Diese ohne Wenn und aber erfolgende Ankündigung war nicht nur extrem untypisch, sondern richtig sensationell. Der gemeinsame Brief enthielt zwar den Vorbehalt, dass die nationalen Parlamente ratifizieren müssten, war - genau besehen - aber nichts weniger als die Ankündigung, die staatlichen Strukturen in Frankreich und Deutschland völlig umkrepeln zu wollen. Implizit war es die Ankündigung, sich über staatliche Verfassungen hinwegsetzen zu wollen. Man kann als mit einfacher Mehrheit ausgestattete Regierung kaum eine verfassungskonforme Umgründung des Staats binnen zweier Jahre ankündigen.

Zeitzeugen wie Theo Waigel behaupten bis heute, der Zusammenbruch der DDR und die deutsche Wiedervereinigung habe in dieser Geschichte keine wesentliche Rolle gespielt; es habe keinen Deal gegeben, bei dem die Wiedervereinigung Deutschlands mit der Aufgabe der DM, der „deutschen Atombombe“ –wie manche sagten - , abgetauscht worden wäre, erklärt Waigel.

Er begründet das u.a. damit, dass niemand habe wissen können, ob die Parlamente der europäischen Währung auch wirklich zustimmen würden. Eine Aussage wie diese lässt sich mit der Feststellung vergleichen, das österreichische Neutralitätsgesetz könne gar nichts mit dem Staatsvertrag zu tun gehabt haben, weil dieses erst ein halbes Jahr im Nationalrat später beschlossen worden sei.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich begannen im Dezember 1990 und nicht mehr als ein Jahr später unterzeichneten 12 Staaten den Maastricht-Vertrag. Für ein

²³ <http://www.ellopos.net/politics/mitterrand-kohl.htm>

internationales Übereinkommen von dieser Reichweite muss das einen Weltrekord dargestellt haben.

Angelpunkt war der Plan zur Schaffung einer gemeinsamen Währung bis zum Ende des Jahrzehnts. Begründet wurde dieser mit hauptsächlich wirtschaftlichen Überlegungen. Hauptargument war, dass der noch nicht fertiggestellte Binnenmarkt einer „Krönung“ benötige, um wirklich Zugkraft entfalten zu können.²⁴

Das Hauptargument Delors bestand in einer dialektischen Umdeutung der gängigen Krönungstheorie, nach der der Euro das Resultat einer politischen Union sein müsse und nicht seine Vorbedingung.²⁵

Der Kommissionspräsident war politisch erfahren und wusste, dass die politische Einigung nach sehr lange dauern würde und so beschlossen er und seine Mitverschwörer, mit der Gemeinschaftswährung eine politische Einigung zu erzwingen.

Weil er derlei nicht offen sagen konnte, behauptete Delors, eine gemeinsame Währung würde benötigt, um sein vorheriges Projekt, die Schaffung eines einheitlichen Markts erst richtig zum Laufen zu bringen. Das hatte auch den Vorteil, dass die Wunderdinge, die man den Europäern über den Binnenmarkt versprochen hatte, noch nicht so schnell geliefert zu werden brauchten - solange es noch keinen ECU gab, hatte man jedenfalls eine gute Ausrede für die enttäuschenden Resultate des Binnenmarktprogramms.²⁶ Dieses war immerhin schon seit 1985 unterwegs und die Erfolge wollten sich noch nicht so recht zeigen.

Aus Sicht des Jahres 2014 lässt sich sagen, dass weder Binnenmarkt noch Währungsunion in den ersten 15, 20 Jahren wirkliche Heuler gewesen sind, die dem verkalkten alten Kontinent zu neuer wirtschaftlicher Vitalität verholfen hätten.²⁷ Es können heute keine Zweifel daran bestehen, dass die von Delors und seinen Freunden ins Treffen geführten wirtschaftlichen Gründe vorgeschoben waren. Die Integrationisten wollten den Euro als Zwischenetappe (und Erpressungsmittel) auf dem Weg zum europäischen Bundesstaat.

Der zweite wichtige Aspekt des Delors-Reports waren die von dessen Verfassern - der BIZ und 12 europäischen Zentralbankern - vorgenommenen Weichenstellungen für die Gemeinschaftswährung. In dem Bericht wurde der stufenweise Aufbau jener Institutionen beschrieben, die dieser Währung zugrunde liegen sollten. Ausgangspunkt waren die bestehenden nationalen Notenbanken. Aus ihnen sollte ein Netzwerk geflochten werden, dessen zentraler Knoten eine neu zu bildende Europäische Zentralbank werden sollte.

Die Spur führt zur BIZ

Ein Teil der Notenbanker - unter anderem der französische - war zu diesem Zeitpunkt noch dem Finanzministerium des jeweiligen Landes unterstellt. Angeblich war dies das Motiv, dass diese Zentralbanker ausdrücklich nicht als Vertreter ihrer Institutionen, sondern als "Privatpersonen" an den Treffen des sogenannten Delors-Komitees teilnahmen. Die Sitzungen

²⁴ Siehe dazu den Delors-Report vom April 1989, z.B. S. 17

²⁵ <http://www.euractiv.com/future-eu/hard-core-run-enlarged-eu/article-110189>

²⁶ Der sogenannte Checchini-Report sagte 1988 Kosteneinsparungen von 200 Mrd. ECU und kurzfristig 1,8 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze voraus. <http://www.eufis.eu/eu-glossar.html?title=Cecchini-Bericht>

²⁷ Siehe Kapitel Wachstumsstörungen, Seite xxx

fanden bemerkenswerterweise nicht irgendwo in der EG statt, sondern in der Schweiz, auf den extraterritorialen Liegenschaften der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der geheimnisumwitterten Zentralbank der Zentralbanken.

Dem Komitee gehörte auch deren Generaldirektor Alexandre Lamfalussy an, der die Wahl des Tagungsorts später allen Ernstes damit erklärte, dass die EG-Zentralbanker so gerne nach Basel gereist wären, weil sie in der BIZ ungestört arbeiten hätten können und weil ihnen diese Institution ein „Gefühl der Bedeutsamkeit“ vermittelt habe.²⁸

Natürlich war die Wahl des Tagungsorts weder zufällig noch ging es um persönliche Befindlichkeiten - sondern darum, dass die Baseler Finanzinstitution diese Treffen nicht nur vorbereitete, sondern dass sie auch den Arbeitsprozess des Ausschusses umfassend kontrollierte und steuerte. **Die BIZ war die eigentliche Architektin der heutigen europäischen Gemeinschaftswährung.** "Die BIZ und das die europäische Integration waren miteinander eng verzahnt (...) bei jedem Schritt auf dem Weg zu einem vereinten Europa war die BIZ im Hintergrund vorhanden."²⁹ Nicht zufällig stand die Frühform der EZB, das EWI, von 1994 bis 1997 unter dem Kommando Lamfalussys, der dafür sein Amt in der Baseler Bank niedergelegt hatte.

Die Zentralbank der Zentralbanken verdient an dieser Stelle eine etwas genauere Betrachtung, denn sie ist ein Wesen mit zwei Gesichtern: das eine, auswärts gewandte, ist technokratisch-langweilig bis ins Extrem; ihr anderes, interessanteres Gesicht ist das des wichtigsten Einflussagenten des westlichen Finanzkapitalismus.

Die Bank war seit ihrer Gründung im Jahr 1930 der innerste Knotenpunkt der internationalen Finanzstruktur und ist das heute geblieben. Heute treffen sich auf dem exterritorialen Gelände alle zwei Monate 60 Notenbankgouverneure der Welt, seit einigen Jahren auch die Chinas, Russlands, Saudiarabiens und Indiens. Was dort besprochen wird, wird so streng geheim gehalten, dass nicht einmal die Themen bekannt gegeben werden.

Der von der BIZ selbst erzeugte Happypeppy-Multikulti-Eindruck täuscht freilich gewaltig. Was sich nach einem Debattierclub gleichberechtigter Mitglieder mit UNO-Charme oder einer harmlosen Serviceorganisation klingt, ist tatsächlich etwas ganz anderes. Es ist ein globales Finanzkartell, die Vorform einer Weltregierung durch einen übernationalen Bankenadel.

Oder genauer: **Es ist ein angelsächsisch-kontinentaleuropäisches Bankenkartell mit einem chinesischen Wurmfortsatz.** Das zeigt sich u.a. darin, dass im entscheidenden, aus bis zu 21 Personen bestehenden Board of Governors die Europäer, Briten und US-Amerikaner von Amts wegen 12 Sitze - also die Mehrheit - beanspruchen dürfen. Im aktuellen Gouverneursrat sind der japanische und chinesische Zentralbankchef die einzigen Ausnahmen - wobei der Japaner Haruhiko Kuroda durchaus als westlich bezeichnet werden darf.

Nur der Chinese Zhou Xiaochuan kommt nicht aus einem OECD-Land (und hat möglicherweise nur Beobachterstatus).³⁰ Die Teilnahme Zhous am BIZ-Board ist angesichts der Dollarreserven Pekings in Höhe von 3.000 Milliarden und des gewaltigen Flusses von physischem Gold in die Volksrepublik doppelt interessant.

Ein englischer Journalist beurteilt in einem 2013 veröffentlichten Buch die BIZ als

²⁸ David Marsh, Der Euro, S. 183

²⁹ Adam Lebor, Tower of Basel, 2013, S. 234

³⁰ <http://www.bis.org/about/board.htm>

undurchsichtige, elitistische und mit demokratischen Verhältnissen eigentlich nicht verträgliche Institution³¹. Lebor stößt damit ins gleiche Horn wie ein heute vergessener amerikanischer Geschichteprofessor vor 50 Jahren. Vielleicht wäre diesem US-Akademiker die Ausdrucksweise Lebors zu "journalistisch" und direkt gewesen - inhaltlich unterscheidet sich beider Einschätzung nicht besonders.

Dieser Professor namens Carroll Quigley hat in einem 1000 Seiten-Buch die Geschichte des 20. Jahrhunderts als den Versuch beschrieben, „ein Weltsystem finanzieller Kontrolle in privater Hand zu entwickeln (...) Dieses System soll in feudalistischer Manier durch die Zentralbanken kontrolliert werden, die in Übereinstimmung miteinander handeln, mithilfe geheimer Abkommen, die auf vielen privaten Treffen und Konferenzen geschlossen werden. Die Spitze (dieses Systems) sollte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel sein (...).“³²

Selbst die mächtigsten Zentralbanker der Zwischenkriegszeit, Montagu Norman (Bank of England) und Benjamin Strong (NY Fed), waren für Quigley „bloße Mittelsleute von im Geheimen agierenden mächtigeren Financiers (...) Sie waren (bloße) Technokraten und Agenten der dominanten Investmentbanker der jeweiligen Nationen, die sie groß gemacht hatten und von denen sie jederzeit wieder gestürzt werden konnten(...)“

Man kann diesen heute schon lang verstorbenen New Yorker Historiker, zu dessen Studenten übrigens der spätere US-Präsident Bill Clinton gehört hat, nur schwer als paranoiden Verschwörungsspinner abtun. **Quigley hat über nichts anderes als über "global financial governance" geschrieben - über die wirkliche, nicht über deren idealisierte Fiktion.**

Er tat das Jahrzehnte bevor dieser Begriff überhaupt erfunden war. Und er tat dies auch nicht aus einer feindlichen oder gar hasserfüllten Perspektive. Er teilte, wie er selbst beteuerte, die Ziele und die Weltsicht der von ihm beschriebenen Netzwerke und kreidete diesen lediglich ihre Geheimniskrämerei an. Nach seinen eigenen Aussagen hat Quigley über einen Zeitraum von zwei Jahren Zugang zu den internen Dokumenten dieser "angelsächsischen" Machtstruktur³³ gehabt.

Deren in Basel ansässige Frontorganisationen ist für jene synthetische Währung hauptverantwortlich, die den Europäern in den 1990ern aufgenötigt worden ist - ein Vorgang, bei dem die demokratischen Systeme der Nationalstaaten gleich mit entsorgt werden.

"Die dramatischste und weitreichendste Neuordnung Europas in Friedenszeiten - die ständige, nie nachlassende Erosion der nationalen Souveränität - wurde unter Zuhilfenahme eines Taschenspielertricks umgesetzt. Der entscheidende Schlüssel sowohl für das europäische Projekt als auch für das breitere Mandat der BIZ war es, Entscheidungen, Politiken und Aktionen als 'technisch', 'apolitisch' oder als für den durchschnittlich informierten Bürger irrelevant zu präsentieren. Das genaue Gegenteil war aber wahr. Es konnte kaum etwas Politischeres geben als die Übergabe nationaler Befugnisse an nicht gewählte supranationale Gremien, während gleichzeitig die nötigen finanziellen Mechanismen von einer geheimnistuerischen und niemandem verantwortlichen Bank in Basel gemanagt wurden. Ende der Achtzigerjahre war dieser Prozess nicht mehr zu stoppen.“³⁴

³¹ Lebor, Tower, S336

³² Carroll Quigley, Tragedy and Hope, S. 278

³³ Chatham House und Council on Foreign Relations

³⁴ Lebor, Tower, S. 282

Der Delors-Bericht, durch den dieser Prozess zum ersten Mal öffentlich sichtbar wurde, verfocht - wenig überraschend - das Prinzip, dass man die Notenbanken völlig unabhängig von den Politikern agieren lassen solle. Das ist wenig überraschend.

Der Legende nach soll der Chef der deutschen Bundesbank, Karl-Otto Pöhl, die Unabhängigkeit der künftigen Zentralbank zur Bedingung für seine Unterschrift gemacht haben, im Glauben, dass die Franzosen dem nie zustimmen würden. Doch die Franzosen stimmten zu und die Pöhl unterschrieb. Das Beispiel Pöhls wiederum überzeugte den Gouverneur der Bank of England - sehr zum Ärger „seiner“ Premierministerin Thatcher, die eine gemeinsame Währung ablehnte.

Zum Zeitpunkt seines Erscheinens war der Report wenig mehr als ein Papier unter vielen. Selbst Delors-Vertraute glaubten damals, dass er schnell in einer Schublade verschwinden würde. Wesentliche Akteure in den Regierungen wollten zuerst eine stärkere Annäherung der Realwirtschaften sehen, ehe man eine gemeinsame Währung ins Leben rief. Andere wieder sahen das ganze Thema als alleinige Sache der Minister und Regierungschefs an und wollten die „Technokraten“ so weit wie möglich aus den Verhandlungen herauszuhalten.³⁵

Aus unerfindlichen Gründen passierte aber das Gegenteil davon: Die Zentralbanker gaben mit dem Delors-Report ihre Bestellung auf und die Politiker servierten das Gewünschte. Ohne dass nennenswerte Änderungen vorzunehmen beschlossen sie in Maastricht eine monetäre Verfassung, die praktisch zur Gänze von den „Lords of Finance“ ausgearbeitet worden war.

Der Vorgang war von großer Eile geprägt. Verzögerungen wurden nicht zugelassen. Statt den Versuch zu starten, wenigstens auf die Briten zu warten, drückten die Franzosen und Deutschen auf das Gaspedal. Widerstrebenden Staaten wurden Ausnahmen eingeräumt.

Politologen ist die Sache noch heute rätselhaft. Sie wollen darin ein Exempel für die intellektuelle Autorität erkennen, die Expertenzirkel wie das Zentralbanker-Kränzchen ausstrahlen können. "Die Wissenschaftler waren darüber verblüfft, dass der Konsens über die Schaffung einer Währungsunion so leicht hatte erzielt werden können. Maastricht beinhaltete praktisch sämtliche Empfehlungen des Delors-Reports und ging sogar darüber hinaus, indem es einen Zeitplan dafür vorschlug."³⁶

Die strikte Unabhängigkeit der monetären Behörden von den Regierungen und Parlamenten gilt heute als so tief begründet, dass niemand mehr groß darüber nachdenkt. Dieses Dogma, das auch die Befreiung von wirklich kontrollierenden „Checks and Balances“ beinhaltet, wird als selbstverständlich empfunden. Das ist nicht erst auf den zweiten Blick seltsam - in keinem anderen Politikbereich würde in demokratisch verfassten Staaten eine solche Struktur als akzeptabel empfunden. Es ist ähnlich, als würde man die politischen Entscheidungen über Schulen und Universitäten oder die äußere Sicherheit in ein weisungsunabhängiges Expertengremium auslagern.

In Gegensatz dazu empfindet heute niemand die absolute Weisungsfreiheit von Zentralbankern als irgendwie bedenklich - obwohl diese kraft ihres Amtes über eine Macht verfügen, die der jedes gewählten Politikers überlegen ist.

Begründet wird der Vertrauensvorschuss an die modernen Alchemisten damit, dass

³⁵ Harold James, *The Making of the monetary Union*, S. 265ff.

³⁶ Amy Verdun, *The Role of the Delors Committee in the Creation of the EMU: An epistemic Community?*

Regierungen dazu neigen, Staatsausgaben über die Notenpresse zu finanzieren, wenn es niemanden gibt, der ihnen Einhalt gebietet. Das ist, zugegeben, nicht leicht von der Hand zu weisen - nicht in einem Fiat Money-Geldsystem. Die Deutschen (und Österreicher) bekamen nach dem ersten Weltkrieg eine Kostprobe von dem Problem, als regierungsabhängige Notenbanken die Budgets der demokratisch gewordenen, aber verelendeter Verliererstaaten finanzieren mussten (regierungsunabhängige hätten dies wohl auch tun müssen.)

Unter Hinweis auf diese Erfahrungen bekam die deutsche Bundesbank nach dem Zweiten Weltkrieg ein Statut, das ihr untersagte, von den Politikern direkte Weisungen entgegenzunehmen und das sie ausschließlich auf die Wahrung der Preisstabilität verpflichtete - eine Mission, die sie durchaus erfolgreich erfüllte.

Nach dem Vorbild der Bundesbank ist dann die EZB konstruiert worden, mit ihrem auf die Preisstabilität beschränkten Mandat und einer „**Unabhängigkeit**“, **die rechtlich gesehen sogar noch besser verankert ist als jene der BuBa**. Das ist zumindest die für den öffentlichen Konsum bestimmte Lesart.

Es gibt aber auch eine andere Erzählung, die andere Schlussfolgerungen zulässt. Die geht so: Die EZB steht gar nicht in der Tradition der BuBa, sondern in jener der 1922 gegründeten Reichsbank, die nur der Reparationskommission der Siegermächte unterworfen war. Diese Reichsbank habe sich in der Zwischenkriegszeit zu einer „Schattenregierung“ entwickelt, die ihre eigenen Entscheidungen traf und mächtiger als die Regierungen der Weimarer Republik war. Die "Deflationspolitik" dieser den gewählten Regierungen nicht verantwortlichen Reichsbank habe zu einer politisch unerträglichen Situation geführt, die schließlich in die Machtergreifung Hitlers gemündet sei.³⁷

Die 1958 gegründete Bundesbank sei dagegen "nur" gegenüber der (deutschen) Zentralregierung in Bonn unabhängig gewesen, meint der deutsch-englische Bankwissenschaftler Richard Werner in einer Studie, die eigentlich den Machenschaften der japanischen Zentralbank gewidmet ist.

Die Bundesbank sei letztlich aber dem Parlament, dem Rechnungshof und den Gerichten unterworfen und sei in die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik eingebettet gewesen.³⁸ „Ihr gesetzlicher Aufbau machte die Zentralbank für ihre Politik in höchstem Maße rechenschaftspflichtig (...) Im Gegensatz dazu war das Scheitern der Reichsbank auf ihre übermäßige Unabhängigkeit ohne Verantwortlichkeit zurückzuführen.“

Die EZB sei dem Modell der Reichsbank nachempfunden. Sie habe kaum Verpflichtungen zu Transparenz, Gewaltenteilung sei nicht vorhanden und sie sei nicht nur von den Regierungen, sondern vor allem von jeder Volksvertretung unabhängig - von den nationalen Parlamenten ebenso wie vom Europäischen Parlament. Keine außen stehende Institution dürfe auch nur versuchen, Einfluss auf die EZB auszuüben, schreibt Werner: „Eine solche Bestimmung ist in Demokratien beispiellos.“³⁹

Der Autor beschreibt dabei freilich eher den Soll- als den Istzustand der Europäischen Zentralbank. Diese und das Euro-Zentralbankensystem agieren, wenn es notwendig ist, sehr

³⁷ Vgl. z.B. den Konflikt zwischen Brüning und Reichsbankpräsident Luther Ende 1931: Martin Hoffmann. Zur Frage der Unabhängigkeit der Reichsbank von 1930 bis 1937, S. 55f (Google Books).

³⁸ Richard Werner, Princes of the Yen, S.241 f.

³⁹ Ebd. S242

wohl politisch und nehmen dabei auf die Wünsche des „Führungskollektivs“ der Union Rücksicht - z.B. in den Fällen Griechenland (SMP) und Irland (Übernahme der Schulden der Banken-Abwicklungsgesellschaft, die von Dublin in den Konkurs geschickt worden war).

Dennoch hat Finanzwissenschaftler Werner mit seiner These nicht ganz Unrecht. Die Bundesbank ging aus einer von den westlichen Besatzungsmächten geschaffenen, zweistufigen Zentralbankenstruktur bzw. der Bank deutscher Länder hervor - und diese "Backform" war alles andere als undemokratisch-zentralistisch. Dafür sorgten schon die Alliierten, die die Strukturen des Nazi-Imperiums zerschlagen wollten. Die Landeszentralbanken und die Bank Deutscher Länder vereinbarten das Unvereinbare. Sie waren gleichzeitig föderalistisch und regierungsabhängig (d.h. den Besatzern unterworfen).

Die EU hostet auf ihrem Server heute noch eine Studie aus dem Jahr 1970, in der die Möglichkeiten eines echt föderalen Zentralbankensystems erforscht werden.⁴⁰ Die darin befürworteten Strukturen ähneln der EZB nicht wirklich. **Die heutige reale EZB ist nicht die Zentralbank eines föderalen Europa der Nationen, sondern eine neue Reichsbank unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts.**

Der Hindernislauf beginnt

Gleich nach der deutschen Wiedervereinigung begannen die Politiker mit der ersten Stufe der Währungsunion, der Liberalisierung des europäischen Kapitalmarkts, an der alle - auch die von den Vorhaben wenig begeisterten Briten - ein Interesse hatten. Für die zweite und dritte Stufe der Währungsunion war eine Vertragsänderung notwendig, die Anfang 1992 dann auch in Maastricht beschlossen wurde.

Die niederländische Kleinstadt, die sonst kaum jemand kennen würde, ist weltweit zum Synonym für eine wirtschaftspolitische Betrachtungsweise geworden, bei der Volkswirtschaft und Budgetpolitik mithilfe bestimmter finanzieller Kriterien gemessen werden.

Von den in Maastricht beschlossenen fünf "Konvergenzkriterien" finden üblicherweise nur jene zwei Beachtung, die mit dem Staatshaushalt zu tun haben (Budget und Schulden). Die anderen, sogenannten monetären Kriterien sind mittlerweile praktisch vergessen, obwohl sie selbst von kritischen Geistern als „die bislang größte Erfolgsgeschichte der Europäischen Währungsunion“ wahrgenommen werden. Das seither erzählte Märchen vom wirtschaftlichen Zusammenwachsen der europäischen Länder hat von hier seinen Ausgang genommen.

Ein Maastrichtkriterium verlangte von den Kandidaten, dass ihre "Inflationsrate" nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte höher liegen dürfe als die Teuerungsraten der drei preisstabilsten Mitgliedsstaaten; zweitens durften die Zinssätze der langfristigen Staatsanleihen jene der drei preisstabilsten Länder um nicht mehr als zwei Prozentpunkte (200 Basispunkte) überschreiten.⁴¹

Nach den offiziellen Zahlen haben 1990er-Jahren die Euroländer diese Ziele in beiden Fällen erreicht. Von den (später) 15 Mitgliedstaaten haben 14 sowohl das Inflations- als auch das Zinskriterium erfüllt. Die Inflationsraten in den Südländern sanken rapide, ebenso die Zinsen auf Staatspapiere. Es kam bei beiden Kriterien zu einer schnellen und wundersamen "Konvergenz" mit Deutschland. Das heißt, die EU-Länder näherten sich bei den Inflationsraten und den

⁴⁰ http://ec.europa.eu/economy_finance/emu_history/documentation/chapter5/19700515de67dasdeutscheoder.pdf

⁴¹ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/maastricht-indikatoren/

Finanzmärkten binnen weniger Jahre weitgehend aneinander an.

Scheinbar.

Diese Entwicklung soll durch Erwartungen der Marktteilnehmer verursacht worden sein – also z.B., dass Finanzinvestoren „Vertrauen in die Stabilitätskultur der Länder gewonnen“ oder dass die regionalen Tarifpartner bei ihren Lohnverhandlungen „die Grundnorm des Maastrichter Vertrags angenommen“ hätten, wie das 1999 geschrieben worden ist.⁴²

Wenn die Erfahrung der Jahre ab 2000 etwas gezeigt haben, dann, dass derlei Erwartungen der Anleger und Tarifpartner falsch gewesen sind.

Wesentlich plausibler ist die Annahme, dass die von den Finanzkriterien angezeigten Entwicklungen gar nicht wirklich stattgefunden haben, sondern dass es durch eine Reihe von "finanztechnischen Zaubertricks" dieser Eindruck nur hervorgerufen wurde. Die einzigen, die diese Techniken heute (und auch schon damals) beherrsch(t)en, sind große Investmentbanken wie Goldman Sachs, JP Morgan und Morgan Stanley - und die Zentralbanken sowie der "Exchange Stabilisation Fund" (ESF) des US-Finanzministeriums.

Die europäischen Staaten selbst konnten in dieser Sache keine Expertise beisteuern. Dafür kontrollieren sie die "Messinstrumente" für die genannten Kriterien und können auf diese Weise "hilfreich" sein. Die Rede ist von den nationalen Statistikämtern und anderen staatlichen und quasistaatlichen Stellen.

Dennoch vertreten heute praktisch alle Autoren die Ansicht, dass es beim Konvergenz-Wettlauf der Kandidatenländer „bis auf Griechenland auch ziemlich ehrlich zugegangen“ sei. „Der bis 1998 erzielte Konvergenzerfolg war staunenswert und konnte Anlass sein für begründeten Optimismus“, meint auch der ansonsten kritisch gestimmte Thilo Sarrazin.⁴³ Mangels einer besseren Erklärung geht auch er davon aus, dass die damalige Konvergenz bei den Inflationsraten und Staatszinsen "echt" war.

Doch die gemessenen „Inflationsraten“ und „Zinsen“, die ja so toll gefallen sind, bestehen aus Zahlenreihen, die von den interessierten Parteien selbst zur Verfügung gestellt worden sind - von eben jenen Kandidatenstaaten, die sich den Wettlauf zum Euro geliefert haben. Diese waren es, die bei besagtem Rennen "die Zeit für ihre eigenen Länder genommen haben". Sie waren Wettkämpfer und Unparteiische in Personalunion.

Wie weiter unten gezeigt wird, sind die als "Inflationsraten" bezeichneten Verbraucherpreisindizes mit Vorsicht zu genießen.⁴⁴

Das gilt auch und insbesondere für die alten Inflationsländer. Dazu muss man keine wissenschaftlichen Studien anzustellen. Jeder, der ein paar Monate in Spanien oder Belgien gelebt hat, weiß aus eigener Erfahrung, dass dort die laufende Geldentwertung markant höher ist als das von der amtlichen Statistik gezeigt wird.

Die Begleitumstände, unter denen das andere monetäre Konvergenzkriterium daherkommt, sind noch suspekter. Gefragt waren bei den Konvergenzkriterien die **nominalen** Zinssätze lang laufender Staatsanleihen.

⁴² <http://www.fes.de/fes-publ/eurohandbuch/kap2.htm>

⁴³ Europa braucht den Euro nicht, S. 94

⁴⁴ Siehe "Exkurs Inflation"

Das ist ein ziemlich seltsamer Maßstab, weil er nichts darüber aussagt, was für das Fremdkapital wirklich gezahlt werden muss. Ein Staat kann seine Bonds z.B. zu einem Prozent Nominalzinsen anbieten und **real** doch fünf Prozent pro Jahr zahlen.

Ein Beispiel dafür wäre, wenn eine Bank einen Privatkredit von z.B. 100.000 Euro vergäbe und über einen Zeitraum von 10 Jahren z.B. 120.000 Euro zurückgezahlt haben wollte (100.000 Kreditsumme + 20.000 Euro Zins und Zinseszins). Das klingt nach einer günstigen Gelegenheit - nach weniger als 2 Prozent pro Jahr.

Doch die Freude über den günstigen Kredit wäre verraucht, sobald der Bankberater erklärte, dass von den 100.000 Euro nur 80.000 wirklich ausgezahlt würden. ("Sie werden doch nicht glauben, dass wir ihnen um zwei Prozent etwas borgen können?") Die Rückzahlungssumme bliebe ursprünglich vorgesehene und es müssten über die Laufzeit um 40.000 Euro mehr zurückgezahlt werden als erhalten wurden. Der reale jährliche Zinssatz betrüge zwischen 4 und 5 Prozent.

1992 wurde wie in diesem Beispiel der der nominelle Zinssatz gewählt. Allein die Aufnahme eines solchen Kriteriums wirft die Frage nach den dahinter stehenden Absichten auf. Ein in seinen Entscheidungen freier professioneller Anleger kauft Staatspapiere höchstens wegen deren Renditen, also der "echten Verzinsung". Nominalzinsen haben keine reale Bedeutung für ihn - ebensowenig wie sie keine Bedeutung für die Steuerzahler haben, die das gepumpte Geld mit realen, "effektiven" Zinsen zurückzahlen müssen.

Nun zeigen die Aufzeichnungen, dass auch die Renditen/Zinsen in den 1990ern deutlich gefallen sind⁴⁵, ein Trend, der sich im Übrigen bis heute fortsetzt.

Das muss keine "natürliche Entwicklung" gewesen sein. Es muss nicht heißen, dass sich plötzlich alle drum gerissen haben, den bisher als unsicher geltenden Staaten Geld zu borgen.

Die Beeinflussung der Zinsen gehörte auch damals schon zum Kerngeschäft der Notenbanken, die ja nicht nur die offiziellen Sitzungen für die kurzfristigen Zinsen abhalten.

Zur Beeinflussung der langfristigen Zinsen haben sie einen vollgefüllten „Instrumentenkoffer“ zur Verfügung. In den USA befindet sich in diesem z.B. das Aufkaufen von Staatsanleihen. Mit großer Wahrscheinlichkeit greifen die Zentralbanken auch in den Goldmarkt ein.⁴⁶

Und dann gibt es noch die berüchtigten sogenannten Derivate, die praktisch unbeschränkte Möglichkeiten bieten, Zinsen zu manipulieren (wenn man - wie die Zentralbanken - unbeschränkt "Geld" zur Verfügung hat).

Wohl nicht umsonst haben sich die Zinsswaps im Zeitraum zwischen 1995 bis 2005 verfünffacht. Heute beträgt das Volumen der Zinsswaps weltweit 441 Billionen oder 441.000 Milliarden Dollar.⁴⁷ Allein im 2. und 3. Quartal 2013 haben die großen US-Banken ihre Derivate um 12.000 Milliarden ausgeweitet.

Unabhängige Geister wie der Kanadier Rob Kirby glauben, dass durch diese exponentiell wachsenden Finanzinstrumente die Zinsen am Steigen gehindert werden.⁴⁸ Ein guter Teil dieser

⁴⁵ Siehe Kapitel "Die anderen Probleme"

⁴⁶ Siehe Exkurs "Die Goldpreisillusion"

⁴⁷ http://www.bis.org/publ/qtrpdf/r_qsl306.pdf

⁴⁸ "You can see, what the build in this interest rates swaps is achieving (...) it's stemming the rise in interest rates." <http://www.youtube.com/watch?v=IPXOZYn4qSY>

OTC-Zinsswaps wird abschlossen, um den Wert alter Staatspapiere abzusichern bzw. die Emission von neuen zu höheren Zinsen zu verhindern.

Diese Finanzinstrumente wurden in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre entwickelt und standen seit Ende der 1980er den Investmentbanken zur Verfügung⁴⁹, den Investmentbanken, die ja auch in Europa operierten. Diese damals neuen Instrumente können dort ohne weiteres eingesetzt worden sein, um das Zinskriterium zu erfüllen.

Das wahrscheinlich größte logische Problem mit der Darstellung, es habe in den 1990ern eine Konvergenz der Kandidatenländer gegeben, liegt allerdings woanders, in der Realwirtschaft. Nämlich in der Tatsache, dass es kein reales Gegenstück zur scheinbaren Annäherung der EU-Finanzökonomien gibt.⁵⁰

Seit den 1980er-Jahren sind im Euroraum nur zwei einigermaßen überzeugende Beispiele für eine marktgetriebene, längerfristige Angleichung der europäischen Realwirtschaften aufgetaucht: Irland seit den 1990ern und die Slowakei nach 2004. Diese Liste ist so kurz, dass die Aussage, zwischen 1992 und 1998 hätten sich Inflation und Kapitalmarkt in einem Dutzend Ländern gleichzeitig aneinander angeglichen, wenig glaubwürdig klingt.

Die Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften ist bis heute ein ungleiches Rennen - obwohl die EU für ihre hochrangigen Ziele Konvergenz und Kohäsion viel Geld ausgibt.⁵¹

Diese magere Bilanz würde sich nur „verbessern“, wenn man auch die Abwärts-Konvergenz in das Bild einbeziehen würde - also jene Staaten, die sich so schlecht entwickelt haben, dass sie sich dem EU-Durchschnitt „von oben“ angenähert haben.

Das beste Beispiel dafür ist Italien. Laut Eurostat lag das (kaufkraftbereinigte) Prokopfeinkommen der Italiener 2001 noch um 19 Prozent über dem EU-Schnitt, 2012 war es bereits unter diesen gesunken.

Warum sollte sich angesichts dieses ernüchternden Bilds in den 1990ern plötzlich eine so prononcierte finanzielle „Konvergenz“ eingestellt haben? Eine Angleichung der Inflation und der Kapitalmärkte an die besten Länder? Wie wahrscheinlich ist so ein Szenario?

Ähnliches wie bei den monetären Konvergenzkriterien passierte auch bei den Budgetdefiziten. Auch hier war eine staatliche Hand tätig. Doch jene unsichtbare Hand, die die Erreichung der monetären Ziele ins Werk gesetzt hatte, konnte in Sachen Staatsfinanzen nicht ganz unsichtbar zu bleiben.⁵² Die größten Darstellungsprobleme ergaben sich bei den Schuldenständen der Kandidatenländer, die "von außen" am leichtesten zu beobachten und "von innen" am schwersten zu manipulieren waren.

Nur vier von potenziell 15 Eurostaaten lagen 1997 unterhalb der eigentlich in Maastricht fix vereinbarten 60-Prozent-Marke.⁵³ Trotzdem wurden diese Länder zum Euro zugelassen, vorgeblich weil sich ihre Budgets auf dem Weg der Besserung befanden".

⁴⁹ <http://www.youtube.com/watch?v=FNXq7KVNzs#t=1531>, siehe 22:45 min

⁵⁰ Siehe z.B. <http://www.verschuesse.de/konvergenz-in-der-eu-welche-konvergenz/>

⁵¹ Z.B. wurden zur Vorbereitung der Währungsunion die Strukturmittel verdoppelt und ein neuer Kohäsionsfonds ins Leben gerufen. Obwohl dort das meiste Geld ausgegeben wurde, zeigte sich in Griechenland über Jahrzehnte praktisch kein Effekt.

⁵² Siehe für das österreichische Beispiel Kapitel Budgettricks und Goldverkäufe"

⁵³ OeNB-Liebscher, 22.4.1998 im österreichischen Parlament

Hätte ein Zivilgericht über einen dem Schuldenkriterium vergleichbaren Fall zu befinden, hätte es einen Vertragsbruch festzustellen, denn bei der Errichtung des Kontrakts nie von einer "flexiblen Auslegung" der Vertragsbestimmungen die Rede gewesen. Vor der Einführung des Euro scheint sich auch niemand vorgestellt zu haben, dass diese Kriterien etwas sein könnten "worüber man diskutieren kann" - zumindest nicht im offiziellen Diskurs.⁵⁴

Die Passage, wonach es ausreichend sei, wenn der Schuldenstand "hinreichend rückläufig" sei, wurde erst beim Stabilitäts- und Wachstumspakt 1997 eingefügt, als erkennbar war, dass eine große Anzahl von Staaten die Vorgabe nicht rechtzeitig würde erfüllen können.

Was "hinreichend" war, wurde wohlweislich aber auch noch nicht definiert. Das passierte erst bei der "Reform" 2011.⁵⁵

Die 1992 ursprünglich vereinbarten Kriterien wurden 1997 für die Zeit nach der Euro-Einführung als verpflichtend festgeschrieben, wenngleich ohne automatische Sanktionen bzw. mit einem Ermessensspielraum des Rats. Besondere Gründe, warum man ausgerechnet die gewählten Prozentsätze einführt, scheint es keine gegeben zu haben. Die Dreiprozent-Marke für das Budget soll Mitterrand schon in den Achtzigerjahren „am Küchentisch aus dem Ärmel geschüttelt haben“.

Wichtig war nicht so sehr, wie hoch die Werte waren, sondern dass eine "rote Linie", eingezogen wurde, die nicht überschritten werden sollte. Diese Linie sollte Eindruck auf die öffentliche Wahrnehmung machen, nach dem Motto: „Eine Budgetfinanzierung über die Notenpresse ist ganz ausgeschlossen. Wir Politiker haben beschlossen, dass das Dreiprozent-Kriterium eingehalten werden muss.“

Doch die öffentliche Wahrnehmung war überall anders. Beschwichtigt mussten nicht nur "deutsche Fiskalkonservative" werden, sondern beispielsweise auch "französische Keynesianer", die der Ansicht sind, dass Kreditkrisen am besten mit niedrigeren Zinsen und mehr öffentlichen Schulden zu bekämpfen sind.

Der damalige deutsche Finanzminister erzählt zu diesem Thema gerne eine charakteristische Anekdote aus den zu Ende gehenden 1990ern, nachdem die französischen Sozialisten überraschend eine von Präsident Chirac selbst vom Zaun gebrochene Neuwahl gewonnen hatten.

Sein neuer Kollege, Dominique Strauss-Kahn, eröffnete Waigel damals, er könne dem Stabilitätspakt nicht zustimmen, weil seine Partei im Wahlkampf versprochen habe, sich einer solchen Austeritätspolitik zu widersetzen.

Waigel verstand das politische Problem, konnte aber auch nicht von seiner Linie abweichen. Die Lösung, erzählt der deutsche Ex-Politiker heute, sah folgendermaßen aus: „Wir haben ein paar Monate ins Land ziehen lassen und dann den Vertrag in Stabilitäts- und Wachstumspakt umbenannt. Der wurde dann beschlossen, ohne dass inhaltlich ein Wort geändert worden wäre.“

Anschein gewahrt, Problem gelöst. Wie ein Gespenst taucht der Stabilitätspakt auch heute immer wieder auf, wenn es darum geht, einen Eid auf die künftige Budgetdisziplin abzulegen und die Erfüllung des Versprechens den Nachfolgern im Amt zu überlassen.

Die nächste Erscheinung der Spukgestalt ist für 2017 angesetzt, das Jahr der Schuldenbremse,

⁵⁴ Vgl. z.B. APA 168, 14.7.1992; bei dieser Gelegenheit verwendete der Staatsschuldenausschuss die Konvergenzkriterien als Benchmark, um die "Fitness" der österreichischen Staatsfinanzen zu beurteilen,

⁵⁵ Matthias Kullas, Kann der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt den Euro retten? 2011, S. 16

wenn die europäischen Regierungen fast keine neuen Kredite mehr aufnehmen werden - großes Ehrenwort! Über dem Austeritäts-Gerede wird vergessen, dass hinter der geplanten Ersetzung des bisherigen Budgetdefizits durch das "**strukturelle Defizit**" **der nächste Versuch der EU-Staaten steckt, die Öffentlichkeit hinter's Licht zu führen.** Die Täuschung besteht darin, die Definition des staatlichen Defizits zu verändern. Bestimmte Staatsausgaben (verringerte Einnahmen) müssen ab 2017 gar nicht mehr berücksichtigt werden.⁵⁶

Nach derzeitigem Stand dürfen nur konjunkturrelevante Faktoren herausgerechnet werden - aber dies ist 1. eine reine Definitionsfrage und 2. ist dies sehr wahrscheinlich nur der erste Posten in einer Liste, die praktisch beliebig ausgeweitet werden kann. Wie wär's damit, die Rüstungsausgaben unter den Tisch fallen zu lassen, wie Frankreich dies gerne hätte? Oder wenigstens die Kosten für Bildung und Forschung ? Ist ja alles nur für einen guten Zweck!

EU-Phorie

„Und heute, was bleibt 20 Jahre danach? Politisch, wohlgernekt politisch, grosso modo wenig (...) Das größte Paradoxon freilich bleibt, dass der EU-Betritt, der ursprünglich auch als Modernisierungsschub für das gesamte politische System gedacht war, das Gegenteil bewirkt hat.“ Andreas Weber, Format, 09/2014 (eigene Hervorhebung).

Über den Beitritt zu diesem „Verein“, der gerade dabei war, sich an Haupt und Gliedern zu erneuern, stimmten die Österreicher am 12. Juni 1994 ab. Es war die zweite bundesweite Volksabstimmung der Geschichte und die erste (und bisher einzige), die die Regierung gewinnen konnte. Die meisten der Abstimmenden glaubten damals, über die Annahme der alten Statuten abzustimmen. Sie stimmten aber faktisch über die seit 1992 gültige neue Satzung ab - sowie über alle bis wenigstens 2014 vorgenommenen Satzungsänderungen.

Das Referendum war ein ungleicher Kampf. **Es war ein frühes Musterbeispiel einer Abtimmung in einer „gemanagten Demokratie“.** Einem Haufen von unorganisierten EG-Skeptikern, Grünen, Teilen der FPÖ sowie der Boulevardzeitung täglich alles stand die organisierte institutionelle Macht der Republik gegenüber: Die Parteien, Kirchen und Sozialpartner, die Kammern und Interessenverbände, die Intellektuellen und fast alle Medien - vor allem aber die Kronen Zeitung, die ihre publizistische Wucht für ein Ja in die Waagschale warf.⁵⁷

Ein paar Details über die damals ins Leben gerufene gefälschte Grass Roots-Bewegungen und verdeckte Operationen durch die Machthaber lassen sich noch heute im Internet nachlesen.⁵⁸

Diese nehmen sich heute manchmal geradezu komödiantisch aus - beispielsweise das Bestreben, das bis dahin herrschende Übergewicht der Kritiker in den Leserbriefspalten der Zeitungen zu egalisieren. So ruft der Botschafter der EU-Delegation seine Mitarbeiter auf, sie mögen sich doch bitte auch persönlich ein bisschen ins Zeug zu legen: "Bitte benützen Sie privates Briefpapier und vermeiden Sie Bezüge auf Ihren Dienstgeber, damit bei Ihrer

⁵⁶ Siehe Kapitel Gosplan, Remix

⁵⁷ Beispiele für den Einsatz der medialer Macht finden sich im Subkapitel "Abwertungsverdacht"

⁵⁸ Markus Wilhelm, "Kauf dir eine Volksabstimmung. Ein paar nachträgliche Details zum EU-Komplott", <http://www.foehn.org/S23-24.htm>

persönlichen Meinungsäußerung keine Mißverständnisse entstehen."

Witzig ist auch die folgende Schilderung einer inszenierten Euphorie: "Nach dem Vorbild amerikanischer 'cheerleaders'(...) sollte die Gruppe immer wieder einen Begeisterungstaumel um die österreichischen Regierungspolitiker herum in Szene setzen. Auf daß dieser dann in den Medien als Begeisterungstaumel um die erfolgreichen österreichischen Verhandler in Brüssel medial abgefeiert werden könnte. Wenn man auf allen Bildern immer dieselben fünf bis sieben Jugendlichen sieht, so waren es doch genug, um im Fernsehen oder auf dem Zeitungsfoto eine ganze Masse fanatischer Jugendlicher vorzugaukeln."

Um sicherzugehen wollte man den Beitrittsgegnern aber auch die Angstpropaganda nicht ganz überlassen.⁵⁹ Man musste dabei aber nicht einmal auf Schildlaus-Joghurt und Blutschokolade zurückgreifen wie Oppositionsführer Haider, der keine Professoren in den Ring schicken konnte.

Die Beitrittsbefürworter hatten eine Menge "Wirtschaftsexperten an der Hand, die mit Modellrechnungen "nachweisen" konnten, dass ein Nichtbeitritt über fünf Jahre gerechnet 66.6000 Arbeitsplätze⁶⁰ kosten würde und dass Österreich danach abwerten müsse, wenn sich die nicht Arbeitnehmer nicht Lohnzurückhaltung übten.⁶¹ Auf Deutsch: "Ihr habt die Wahl zwischen EU-Beitritt und Lohnverzicht."

Der Fairness halber sei zugestanden, dass sich die meisten Ökonomen nicht allzu weit aus dem Fenster lehnten und die Zuspitzung ihrer Aussagen den Politikern und Medien überließen. **Aber diese wehrten sich auch nicht dagegen vereinnahmt zu werden.** Die Politiker wiederum halfen den Journalisten nach Kräften, die passenden Schlagzeilen zu fabrizieren, etwa nach dem Muster: „Bei Nicht-Beitritt droht Keulenschlag für Österreichs Wirtschaft!" Den Rest erledigten die Eigengesetzlichkeiten des journalistischen Geschäfts.

Zählt man alles zusammen ergab das eine Angstmacherei, die sich neben jener Haiders durchaus sehen lassen konnte - die aber, weil sie sich auf anerkannte Wissenschaftler stützen konnte, "seriöser" wirkte.

Wie später gezeigt wird, stieg in den Jahren nach dem Beitritt die Zahl der unselbstständig Beschäftigten geringfügig, die der Arbeitslosen stärker an. Der in den Projektionen versprochene Wachstumsschub hat sich bis heute, 15 Jahre danach, nicht eingestellt. Die Formel Wachstum durch EU-/Euro blieb eine Fata Morgana.

Agierten die Wirtschaftsexperten in einer Umgebung, in der sie nicht Stichwortgeber für die Lobby spielen mussten, fielen bemerkenswerte Sätze wie: „Der Aussage, Österreich habe 'die maßgeblichen Folgen einer wirtschaftlichen Integration in Europa bereits konsumiert', wird wohl kaum jemand widersprechen."⁶² Aber bei solchen Bemerkungen waren die Scheinwerfer schon abgebaut und die Mikrophone weggepackt, oder die Worte erschienen versteckt in irgendwelchen Leserbriefspalten.

Die Aussage, dass die EU-Integration Österreich einen ständigen Wachstumsschub verpassen würde, wird - aufbauend auf fragwürdigen Rechenmodellen - bis heute aufrechterhalten. So soll das Land durch Ostöffnung, Union und Eurozone einen gemittelten, sozusagen permanenten

⁵⁹ Siehe dazu das übernächste Kapitel Panikmache und Versprechungen

⁶⁰ 2 Prozent der unselbstständig Beschäftigten; Vergleichsmaßstab war ein Beitrittsszenario

⁶¹ "Presse", 30.4.1994

⁶² IHS-Chef Bernhard Felderer, Standard, 26.5.1994

Bonus von jährlich 0,8 bis 1,0 Prozentpunkten lukriert haben.⁶³ Damit wäre das anämische Wachstum während der vergangenen 10 Jahre (ca. 1,5 Prozent) wenigstens zur Hälfte auf die wirtschaftliche Integration in bzw. Anpassung an die EU/Eurozone zurückzuführen - was nicht besonders glaubwürdig ist.

Wie dem auch sei - die 1994 ins Treffen geführten Vernunftgründe für den Beitritt („Mitbestimmung statt automatischer Übernahme“) waren nicht ganz falsch. **Unrichtig war nur die Annahme, dass das zentrale Motiv des ganzen Vorhabens ein wirtschaftliches sei und dass es dabei weder politische Kosten noch eine versteckte Agenda gebe.** Eine solche Annahme war nicht nur unrichtig, sondern auch naiv.

Die eigentlichen Ziele von Maastricht-Europa sind vor den Österreichern - und nicht nur vor diesen - sorgfältig verborgen worden. Sie waren für die Bürger kaum erkennbar - jedenfalls nicht mehr als ein Schiffskapitän einen Eisberg richtig einschätzen kann, der zu 95 Prozent unterhalb der Wasseroberfläche liegt.

Erst nach und nach stellte sich heraus, dass Maastricht und Euro wirklich jenes „Förderband in Richtung europäischer Bundesstaat“ waren, als die sie die damalige britische Premierministerin bezeichnet hatte; ein Förderband, das bewusst konstruiert und mithilfe der national gewählten kontinentaleuropäischen Regierungen in Gang gesetzt wurde.

Nirgendwo in Kontinentaleuropa dämmerte es den Bevölkerungen, dass es sich dabei um einen mehr oder weniger üblen Trick handelte. Wenigstens keinen Intellektuellen, Journalisten Wissenschaftlern oder anderen Personen, die in der Öffentlichkeit standen.

Nur außerhalb des Kontinents, wo der Druck der Euro-Propaganda nicht so stark war, schwante ein paar Eierköpfen, dass irgendetwas nicht stimmen konnte. Beispielsweise dem Harvard-Ökonomen Martin Feldstein, der rückblickend schilderte, wie ihm der Gedanke kam, dass es um etwas ganz anderes als um den Binnenmarkt gehen musste.⁶⁴: „Weder in der Wirtschaftstheorie noch in der historischen Erfahrung findet sich etwas, das nahelegt, dass internationaler Handel eine gemeinsame Währung erforderlich macht.“

"Als ich 1992 meinen Artikel für den Economist verfasste, kam mir der Gedanke, dass die europäischen Führer selbst verstehen (müssten), dass die wirtschaftliche Begründung für den Euro sehr schwach oder überhaupt nichtexistent ist (...) Das brachte mich auf die Idee (...), dass das primäre Motiv für den Euro politisch war - der Wunsch, eine politische Union zu schaffen, einen Bundesstaat, der für die inneren und äußeren Angelegenheiten zuständig ist."

Aber Stimmen wie die seine wurden als Falschinformation, Miesmacherei oder gar US-amerikanische Obstruktion abgetan. Sie wurden den europäischen Medien weitgehend ignoriert. Wie hätte in einer solchen Situation ein normaler Stimmbürger zur Einsicht gelangen können, dass es eigentlich gar nicht um die wirtschaftliche Integration, sondern um den Bau eines EU-Superstaats ging?

⁶³ OTS019, 22.10.2012

⁶⁴ Martin Feldstein, <http://www.voxeu.org/article/reflections-americans-views-euro-ex-ante>